

Alexander Graf Lambsdorff im Interview mit der Lüneburger Landeszeitung

53 Prozent der EU-Bürger interessieren sich nicht für die Europawahl in rund sechs Wochen, nur ein Drittel gab an, sicher wählen zu gehen. In Deutschland konnten 45 Prozent nicht sagen, in welchem Jahr die Wahl stattfindet. Frustrieren Sie solche Umfrageergebnisse?

Alexander Graf Lambsdorff: Ja, aber nur in schwachen Momenten. Ich glaube, es ist unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass sich diese Ergebnisse verbessern. Das ist zwar mitunter ein mühsames Geschäft. Aber es geht darum, zwei Dinge deutlich zu machen: Aus Europa kommen wichtige Entscheidungen für Deutschland. Deshalb ist es wichtig, wer Deutschland dort vertritt. Es ist auch wichtig, im Europawahlkampf darauf hinzuweisen, dass es nicht um eine Art Seminar mit dem Titel „Wie funktioniert die EU“ geht, sondern darum, politische Unterschiede herauszuarbeiten.

In Deutschland lag die Wahlbeteiligung 2004 bei 43 Prozent. Gehen Sie von einem weiteren Absinken der Beteiligung aus?

Lambsdorff: Ich und die anderen Kandidaten -- übrigens in allen Parteien -- tun alles dafür, die Bürger zu interessieren und zu motivieren, zur Wahl zu gehen. Ich würde mir wünschen, dass wir 50 Prozent erreichen.

Auffallend ist, dass gerade in der Finanz- und Wirtschaftskrise das Vertrauen der Bürger in die EU-Institutionen sinkt. Das EU-Parlament „rutschte von 52 auf 45 Prozent ab, steht aber noch besser da als die EU-Kommission mit 42 und die Europäische Zentralbank mit 39 Prozent. Wie erklären Sie sich diesen Vertrauensverlust?

Lambsdorff: Das zeigt eher den begrenzten Wert von Umfragen. Gerade die derzeitige Krise zeigt doch, wie wichtig die Europäische Union in solchen schwierigen Zeiten für uns ist. Nehmen wir nur einmal das Beispiel Euro: Wir haben eine Finanzkrise -- durch die Banken ausgelöst. Wir haben eine Wirtschaftskrise -- ausgelöst von der Kreditklemme. Was wir nicht haben, ist eine Währungskrise. Gerade für Deutschland als Exportweltmeister, der zwei Drittel aller Güter in EU-Mitgliedsstaaten liefert, ist der starke Euro eines der wichtigsten Instrumente, um diese Krise zumindest abzufedern. Die Zusammenarbeit in der EU klappt hervorragend. Wer in dieser Situation den EU-Institutionen nicht vertraut, liegt falsch. Sorgen bereiten mir nur Politiker, die der Versuchung erliegen, mit nationalen Gefühlen zu spielen. Wenn zum Beispiel Frankreichs Staatspräsident Sarkozy sagt, er unterstützt französische Automobilhersteller nur dann, wenn sie in Frankreich Autos bauen. Wenn Gordon Brown sagt, britische Jobs nur für britische Arbeiter oder wenn in Spanien dazu aufgerufen wird, ausschließlich spanische Produkte zu kaufen, dann wird die Axt an den Wohlstand in ganz Europa gelegt. Gerade die EU-Kommission geht entschieden dagegen vor. Sie verdient daher das Vertrauen der Bürger.

Sie sind auch Mitglied im Binnenmarkt-Ausschuss des Europäischen Parlaments. Hätten die Bauchschmerzen bei Bürgschaften für Opel?

Lambsdorff: Über Bürgschaften kann man reden. Definitiv Bauchschmerzen hätte ich aber bei einer Staatsbeteiligung, wenn der Staat Opel quasi zum VEB Opel umwandelt. Wo das hinführt, haben wir gesehen. Es ist nicht Aufgabe des Staates, hier einzuspringen. Wir dürfen nicht vergessen, dass jeder mit Staatshilfen gebaute Opel, der dann verkauft wird, ein unter

normalen Bedingungen herstellter VW, BMW oder Mercedes ist, der dann beim Händler stehen bleibt. Das kann nicht der Wettbewerb sein, den wir wollen.

Halten Sie die verstärkte Einflussnahme des Staates auf die Wirtschaft in dieser Krise für überzogen?

Lambsdorff: Teilweise ja, teilweise nein. Die FDP hat dem Konjunkturpaket II im Bundestag aus Verantwortung für Deutschland zugestimmt. Es macht auch Sinn, bestimmte Investitionen vorzuziehen. Schließlich haben wir eine schwere Krise, da muss man reagieren. Was wir ablehnen, sind Gesetze, mit denen Unternehmen verstaatlicht werden können. Das gilt übrigens auch für die Hypo Real Estate. Das Signal, das Deutschland an Investoren im Ausland sendet, ist fatal. Wenn man bei uns nicht sicher sein kann, dass man für seine Investitionen Rechtssicherheit hat, sondern der Staat einschreitet und einem das Investment wegnimmt, haben wir ein wirkliches Problem.

Reichen denn die auf EU-Ebene gefassten Maßnahmen gegen die Krise aus oder hätten Sie sich mehr gewünscht?

Lambsdorff: Man darf nicht vergessen, dass die EU nur eine begrenzte Rolle etwa bei Konjunkturpaketen spielen kann. Der EU-Haushalt ist viel kleiner als etwa der des Bundes. Wichtig ist, dass die EU-Kommission gegen solchen Unsinn wie von Herrn Sarkozy vorgeht und weiter darauf achtet, dass der Wettbewerb auch in der Krise fair bleibt.

Vom Unsinn Sarkozys noch einmal zum Unmut: Trägt der Skandal um die Pensionsfonds, den das EU-Parlament gerade etwas entschärft hat, zum Unmut der Bürger bei?

Lambsdorff: Solche Themen tragen mit einer gewissen Berechtigung immer zum Unmut bei. Es kann nicht sein, dass wir bei privaten Fonds Lücken haben, die kein Mensch ausgleicht, während beim Europäischen Pensionsfonds der Steuerzahler dafür gerade stehen soll. Insofern bin ich froh über den Beschluss des Europäischen Parlaments, hier einzuschreiten.

Vor genau fünf Jahren wurde die EU um 10 auf 25 Mitgliedsstaaten erweitert. Wie fällt Ihr Fazit aus?

Lambsdorff: Die Erweiterung ist wirtschaftlich gerade für Deutschland ein riesiger Erfolg. Wir haben mit den Ländern in Mittel- und Osteuropa inzwischen mehr Handel als mit den USA. Zudem sind Befürchtungen, dass die innere Sicherheit gefährdet sein könnte, nicht eingetreten. Sorgen bereitet mir die innenpolitische Instabilität in einigen Ländern, die sich gerade in der Krise gezeigt hat. Länder wie Ungarn oder Rumänien haben große Probleme. Es wird noch einige Zeit dauern, bis diese Länder in ruhigerem Fahrwasser sind.

Sie widersprechen also der Einschätzung des EU-Kommissars, das die politische Ziele erreicht worden sind?

Lambsdorff: Die großen politischen Ziele, also die Einbindung dieser Länder in die EU, sind erreicht. Aber wir müssen heute im Alltag mit diesen Ländern umgehen. Und da gibt es weiterhin Probleme. Etwa wenn in Vilnius der Christopher Street Day verboten wird. Oder die nach wie vor verbreitete Korruption. Und wenn das tschechische Parlament mitten in den EU-Ratspräsidentschaft den Premierminister absägt, endet mein Verständnis. Um so froher bin ich natürlich, dass der tschechische Senat dem Vertrag von Lissabon zugestimmt hat.

Wie lange wird es noch dauern, bis die wirtschaftlichen Ziele erreicht sind?

Lambsdorff: Bis zum Beginn der Krise waren wir auf einem guten Weg. So hatten einige neue EU-Länder Wachstumsraten von acht bis zehn Prozent. Dennoch bin ich optimistisch, dass mittel- oder langfristig das eintritt, was auch in Spanien oder Portugal eingetreten ist: eine Annäherung der Lebensstandards an den der alten Mitgliedsstaaten.

Die Krise trifft die neuen Mitgliedsstaaten härter als viele alte. Droht hier ein Fass ohne Boden für den EU-Etat?

Lambsdorff: Das will ich nicht hoffen. Ich denke, dass die Stabilisierung, die wir gerade für Rumänien, Ungarn und Lettland beschlossen haben, ein positives Beispiel für europäische Solidarität sind. Mit Ausnahme Rumäniens sind die Länder auch nicht so groß, dass es uns überfordern würde, dort zu helfen.

Es gibt noch ein anderes kleines Land. Mitten im Streit um Beitrittskandidat Kroatien könnte das wirtschaftlich schwer angeschlagene Island an die Tür der EU klopfen. Sollte der Fall Island dann bevorzugt behandelt werden?

Lambsdorff: Island hat 250000 Einwohner. Ich glaube, dass die EU mit ihren 500 Millionen Bürgern es schaffen kann, ein Land, das uns politisch und von den Werten her so nahe steht, schnell und bevorzugt aufzunehmen.

Befürworten Sie einen EU-Beitritt der Türkei?

Lambsdorff: Ich persönlich glaube, dass eine Aufnahme der Türkei die EU überfordern würde. Und zwar politisch, finanziell, institutionell und auch geopolitisch. Innenpolitisch entwickelt sich die Türkei in einigen Bereichen eher weg von den EU-Werten. So verschlechtert sich die Lage der Meinungsfreiheit und der Pressefreiheit. Die Türkei hat rund 70 Millionen Bürger, die das halbe Wohlstandsniveau der neuen Mitgliedsstaaten in Mittel- und Osteuropa haben. Wir müssten dann unsere ganzen Kohäsionsfonds und unsere Strukturpolitik fast exklusiv auf die Türkei ausgerichten. Das wäre für den Rest der EU ein großer Schlag ins Kontor. Geopolitisch ist zu fragen, ob sich die EU wirklich bis an die Grenzen des Iran und Irak ausdehnen sollte. Ist das dann wirklich das, was wir uns unter Europa vorstellen? Ich glaube, wenn wir die Menschen mitnehmen wollen, dann können wir ihnen an dieser Stelle nicht zu viel zumuten. Institutionell wäre die Türkei bei einem Beitritt in 10, 15 Jahren angesichts unserer und der türkischen demographischen Entwicklung sofort das größte Mitgliedsland der EU. Wir hätten dann eine ganz andere EU, als man sie sich ursprünglich vorgestellt hatte. Eines will ich aber auch deutlich sagen: für Liberale ist die Trennung von Staat und Religion von zentraler Bedeutung. Die Tatsache, dass die Türkei kein christliches Land ist -- was von manchen Konservativen als Argument gegen den Beitritt angeführt wird -- spielt für mich keine Rolle. Ob sie in die Synagoge, die Moschee oder die Kirche gehen oder an ihrem heiligen freien Tag einfach im Bett bleiben, geht niemanden etwas an. Es gibt allein politische und wirtschaftliche Gründe für meine Skepsis gegenüber einem EU-Beitritt der Türkei.

Welches Fazit ziehen Sie nach fünf Jahren im Europaparlament?

Lambsdorff: Die Arbeit im Europäischen Parlament ist hochspannend. Es geht da nicht um Sonntagsreden, sondern um knallharte Politik. Das Europäische Parlament ist der Ort, an dem Europa zusammenkommt und zusammenwächst. Angesichts der rund 150 politischen

Parteien aus 27 Mitgliedsländern muss man immer wieder austarieren, wo und wie man Mehrheiten zusammenbekommt. Die Arbeit Parlament ist insofern zwar anstrengend, aber sie macht mir nach wie vor großen Spaß.

Wie groß war der Einfluss Ihres Onkels Otto Graf Lambsdorff auf Ihre Entscheidung, in die Politik zu gehen?

Lambsdorff: Wenn sie in einer Familie aufgewachsen, wo sie schon als Kind jeden Wahlabend mit einer Wahlparty verbringen, dann prägt das. Ich bin aber von niemandem dazu gedrängt worden, in die FDP einzutreten. Die Liberalen sagten mir einfach mehr zu als andere Parteien.

Suchen Sie noch Rat bei Ihrem Onkel?

Lambsdorff: Ja, wir sprechen regelmäßig miteinander. Mein Onkel ist jemand, von dem man viel lernen kann. Er hat so ziemlich alles gesehen, was man in der Politik erleben kann. Deshalb wäre es geradezu fahrlässig von mir, wenn ich ihn nicht um Rat fragen würden.